

AG 60plus Bundeskonferenz in Berlin

Lars Klingbeil bekräftigt Bekenntnis zum Sozialstaat – Lothar Binding: soziale Ungleichheit für Ältere beseitigen

Unter dem Motto „Altersdiskriminierung verhindern“ wurde am 16. Oktober in Berlin die 15. Bundeskonferenz der AG 60plus eröffnet. Zwei Tage diskutierten knapp 160 Delegierte aus allen Bundesländern mehr als 80 Anträge zu Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und wählten einen neuen Bundesvorstand. Die 60plus-Bundeskonferenz tagt alle zwei Jahre in Berlin. In diesem Jahr feierte die Arbeitsgemeinschaft ihr 30jähriges Bestehen mit einem bunten Abend.



Bundesvorsitzender Lars Klingbeil bekräftigte in seinem Grußwort die große Bedeutung des Sozialstaats für Demokratie und eine solidarische Gesellschaft. Er stelle sich all jenen entgegen, die sagen, in diesen schwierigen Zeiten müsse der Sozialstaat zurückgefahren werden. „Das Gegenteil ist der Fall“, so Klingbeil. Gleichzeitig betonte der SPD-Vorsitzende die Rolle von Tarifverträgen und der Tarifbindung. Verständnis äußerte der Parteivorsitzende bezüglich der Forderung von SPD-Friedensaktivisten mehr Diplomatie zu wagen. „Es geht um die militärische Stärkung der Ukraine für potenzielle Verhandlungen“, sagte Klingbeil. Zugleich müsse man über internationale Diplomatie den Druck auf Russlands Präsident Putin „aber auch hochfahren“.

Der Bundesvorsitzende Lothar Binding bekräftigte die Anforderungen an die Parteispitze: In Deutschland sei die Schere zwischen der arbeitenden Bevölkerung und den „Privilegien für Erbschaften und großen Vermögen“ viel zu weit geöffnet. Die Steuern für Reiche müssten angehoben werden. „Wir brauchen eine Politik, die soziale Ungleichheit beseitigt.“ Deshalb setze sich die Arbeitsgemeinschaft ebenso nachdrücklich für eine Altersgrundsicherung ein, wie für gleiche Bildungschancen von der Kita über die Ausbildung bis zur Hochschule. Die Gesellschaft brauche „Solidarität, Demokratie, Gerechtigkeit, Mitbestimmung“, dafür stehe seine AG 60plus, so Binding.

Die AG hat auf ihrer ordentlichen Bundeskonferenz am 16. Oktober 2024 den aus Heidelberg stammenden **Lothar Binding** als Bundesvorsitzenden wiedergewählt. Zu den Stellvertretern Bindings wurden **Gerlinde Böttcher-Naudiet** aus Schleswig-Holstein, dem Kölner **Friedhelm Hilgers** und die aus Ludwigshafen stammende **Ingrid Reske** gewählt.

Weitere Mitglieder des neu gewählten Bundesvorstandes sind:

Rita Heitsch (Niedersachsen)

Ullrich Meßmer (Hessen)

Heinz Oesterle (Bayern)

Susanne Pape (Berlin)

Norbert Theobald (Baden-Württemberg)

Marie-Jeanne Zander (NRW)



Begleitet wurde der Kongress von einem Fernsenteam der ARD. Seit mehr als fünf Jahrzehnten sorgt „report München“ immer wieder für Schlagzeilen und kontroverse Diskussionen. Mit ihren Recherchen bietet die report-Mannschaft alle drei Wochen exklusive Informationen und Reportagen zu Fragen, die Deutschland bewegen. Dieses Mal ging es um die Rente und junge Menschen durften nicht fehlen. Deshalb traf sich Lothar Binding mit dem Juso-Vorstand Berlin und sie bezogen vor der Kamera

Stellung. Sendetermin 22.10. - 21.45 Uhr.

Im Rahmen einer feierlichen Abendveranstaltung hat dann die AG ihr 30-jähriges Bestehen gefeiert. 160 Delegierte und Ehrengäste waren gekommen, um die „60pluser“ zu würdigen. Die Parteivorsitzende, Saskia Esken, die die Feierstunde eröffnete, betonte in ihrer Begrüßungsrede, dass die Sozialdemokratie mit ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im letzten Jahrhundert das Leben der Menschen in Deutschland nachhaltig besser gemacht habe. Die SPD werde mehr denn je gebraucht, um sich dem Rechtsruck entgegenzustellen und die Demokratie zu verteidigen, wie sie das wie keine andere politische Partei in ihrer langen Geschichte immer getan habe. Und für eine soziale Politik zu kämpfen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.



Die Partei hatte sich nicht gescheut, an diesem Abend zwei ganz Große aus der Kleinkunst einzuladen – Pigor und Eichhorn, Jahrgang 59 und 62!.

Die beiden haben es drauf, weil sie gute Musiker sind – und ihre eigenen Dramatiker des guten Witzes. Das Alter macht nicht eben weiser, Pigor nimmt es mit der Gitarre im Anschlag ins Visier. Und auf einmal klappt die Liedermacherfalle zu und ein großartig parodierter Konstantin Wecker zappelt darin, der es einfach nicht fassen kann, dass seine ganzen Spezis auf einmal in „Rente gehn“. Jetzt sind da nurmehr Idioten übrig und keiner, der weiß, wie's geht.



Im Willy-Brandt-Haus tobt glücklich der Delegiertenkörper, Pigor und Eichhorn zielen in ihrem Kabarett so treffsicher, dass das Publikum ihnen widerstandslos zuklatscht. Hier lassen zwei nicht locker, im Gegenteil. Wenn sich das Älterwerden schon nicht verhindern lässt, dann soll es wenigstens in einer betreuten Bühnengemeinschaft mit Pigor und Eichhorn vonstatten gehen. Wegen der Nachhilfe in Argumentationstechniken und natürlich wegen des Hüftschwungs.

Stabilisierung und Verbesserung des Rentenniveaus

Politisch, gab es auf der Konferenz eine wichtige Forderung die andere Themenbereiche weit überstrahlte. Die SPD hat bei der Bundestagswahl 2021 eine langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus versprochen. Davon profitieren Millionen heutiger Rentnerinnen und Rentner, aber vor allem diejenigen, die in Zukunft in Rente gehen. Es bietet der Arbeitnehmerschaft mehr Sicherheit, denn ohne die Stabilisierung der Rente würde das Rentenniveau für Millionen Menschen rapide sinken. Das wäre nicht generationengerecht. Das Rentenpaket



wurde im Koalitionsvertrag der Bundesregierung verankert. Es wurde in der Bundesregierung ausverhandelt und vom Kabinett beschlossen.

Die AG 60plus fordert deshalb alle Koalitionspartner auf, den parlamentarischen Beschluss im Bundestag umzusetzen. Das Rentenpaket muss noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Ebenso muss mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz für den konsequenten

Ausbau der Betriebsrenten gesorgt werden und es braucht eine Reform der private Altersvorsorge.

Weitergehende Anträge auf der Konferenz fordern einen Umbau des Rentensystems durch die Einführung einer Erwerbstätigenrente, in die alle Erwerbstätigen einzahlen, auch Beamte, Selbständige, militärische und zivile Dienste und Mandatsträger.